Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 578 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 9.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe — Freitag, 16. Dezember

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 1.00 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 4.00 M. Rabatt nach [illegible] Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Die Pleite der Erfüllungspolitik

Eine Note des Reichskanzlers

Wirth beantragt Zahlungsaufschub

w. **Berlin**, 15. Dezember.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Berlin nachstehendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung aufs ernsteste bemüht gewesen, die bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur noch mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gelingen könnte und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerläßlich wäre, hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter den Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungsverpflichtung der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit.

Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu zahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Gutschrift aus dem Recoverie-Act nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsaufschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Genehmigen Sie usw. (gez.) Wirth.

Die Note ist zugleich den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht worden.

*

Die Annahme, daß der Reichskanzler in diesen Tagen Gelegenheit nehmen würde, über den Stand des Reparationsproblems und die Mission Rathenaus Mitteilungen zu machen, ist bisher enttäuscht worden. Man ist deshalb aus den Reihen des Hauptausschusses heraus daran gegangen, den Kanzler zum Sprechen zu bewegen, und hat ihm gesagt, daß der Hauptausschuß den Nachtragsetat, soweit er die Reparationen betrifft, nicht in Angriff nehmen könne, ohne über den Stand der Dinge unterrichtet zu sein. Der Kanzler hat aber ein Erscheinen in der gestrigen Sitzung als unmöglich bezeichnet. Daraufhin hat der Hauptausschuß die Beratung der Materie auf heute vertagt, und man nimmt nur an, daß Dr. Wirth in der heutigen Sitzung irgendwelche näheren Mitteilungen machen wird.

Inzwischen befestigt sich die Ueberzeugung, daß von der Aufrollung des Reparationsproblems die Frage der Bezahlung der Januar- und Februarrate nicht berührt wird, daß überhaupt die Erörterung über die Reparationsangelegenheit lediglich zwischen der englischen und französischen Regierung geführt wird, und daß Deutschland dabei zunächst nur die Rolle des unbeteiligten Zuschauers zufällt. Daraus ergibt sich, daß auch Rathenaus Londoner Reise, sofern sie eine weitere Zielsetzung gehabt haben sollte, in dieser Beziehung gegenstandslos war.

Es verdient übrigens in diesem ganzen Zusammenhang nachträgliche Feststellung, daß die Kompromißformel des Reichswirtschaftsrates über die Frage der Kreditaktion in der Dienstagsitzung keineswegs einstimmig angenommen worden ist.

Reichskreditaktion der Landwirtschaft

Berlin, 15. Dezember.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß heute eine Kundgebung der deutschen Landwirtschaft im Herrenhause stattfinden sollte. Diese Kundgebung ist im letzten Augenblicke abgesagt worden. Heute ist aber der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft zu einer Vollsitzung zusammengetreten, die gleichfalls von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Denn in dieser Vollsitzung wird man Stellung nehmen zu der Kreditaktion. Wie uns mitgeteilt wird, werden die Führer der deutschen Landwirtschaft und die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen heute über das Hilfswerk der Landwirtschaft Beschluß fassen, und der Reichsausschuß beabsichtigt, mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit zu treten.

Neue Londonreise Stinnes'?

b. **Paris**, 15. Dezember.

Stinnes soll, wie der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien" zu wissen glaubt, allen Dementis zum Trotz sich doch zu einer neuen Reise nach London vorbereiten. Stinnes hege den dringenden Wunsch, sich mit Briand und Locheur in Verbindung zu setzen, um auf diese Weise seinem Plan einen günstigen Boden zu verschaffen.

Unser auswärtiger Minister im Nebenamt

Von Graf Monts.

Das offizielle Organ einer **Koalitions-Partei**, die „Nationalliberale Korrespondenz", schrieb unlängst:

„Wir haben einen Minister des Aeußern nur im Nebenamt. Und wie sehr im Nebenamt, das hat der augenblickliche Minister des Auswärtigen nicht nur heut und gestern bewiesen. Es ist der Reichskanzler. Schon das Wort schmerzt, denn man denkt an Bismarck". Weiter beklagt das Blatt, daß Briands unwahre Washingtoner Ausführungen über Deutschland und seine Wehrmacht unerwidert blieben. Diese bewußten Irreführungen der Kongreßmitglieder konnten so in unheilvoller Weise sich auswirken, sie wurden von allen amerikanischen Blättern reproduziert und drangen bis ins letzte Dorf der United States.

Bei der geringen Kenntnis der Amerikaner von europäischen Verhältnissen und Vorgängen steht die Aufklärung über Kriegsschuld und die ganze Kriegsfrage überhaupt dort auf der tiefsten Stufe. Diese Sachlage kann dem Auswärtigen Amt ebenso wenig unbekannt sein, wie die traditionelle Sympathie der Amerikaner für Frankreich. Um so mehr wäre eine sofortige amtliche Widerlegung der unverschämten Lügen Briands Pflicht gewesen. In denkbar feierlichster Form mußte diese Entgegnung erfolgen, und zwar am besten in Gestalt einer offiziellen Note an den Vorsitzenden des Kongresses, die die französischen Fälschungen durch unwiderlegliche Ziffern ins rechte Licht setzte.

Deutsche Zeitungen stellen jetzt die Zahlen unserer und der französischen Wehrmacht nebeneinander. Wir haben 100 000 Mann ohne schwere Artillerie, Luftschiffe und Gaskämpfer, ohne Tanks, Munitions-Fabriken und Festungen. Ein dichtes Netz feindlicher Kontrollorgane überwacht, engverknüpft mit bezahlten einheimischen Spionen und Verrätern, die strikteste Innehaltung der Versailler Zwangsvorschriften. Unsere kleine Armee hat keinen Generalstab, keine Reserven. Eine Mobilmachung und Einberufung der von Briand vorgegaukelten 7 Millionen Reserven ist schon deshalb unmöglich, weil das ganze Ergänzungs- und Listenwesen des alten Heeres und unsere Staats-Autorität zerstört ist.

Wie steht demgegenüber Frankreich? Neben einer Friedens-Präsenz von 860 000 Mann verfügt es über 18 Jahrgänge ausgebildeter weißer und 11 desgl. farbiger Reserven. Dahinter stehen noch 8 Jahrgänge Landwehr, eine bis ins kleinste vorbereitete Mobilmachungsmaschine und ungeheure Mengen modernster Waffen und Geräte.

In engster Fühlung mit der französischen hält sich die belgische Armee, im Frieden 113 500, im Krieg 500 000 Mann stark; durch die Augustkonvention 1920 ist sie im Falle eines Krieges Frankreich zur Verfügung und unter seinen Oberbefehl gestellt.

Im Rücken Deutschlands hat Frankreich die polnische Armee zur Disposition mit einer etatsmäßigen Friedensstärke von 300 000, die zurzeit aber um 150 000 Mann überschritten ist. Diese Armee ist mit allen modernen Kampfmitteln versehen und wird von französischen Offizieren geführt und ausgebildet. Sie ist durch die im Januar d. J. abgeschlossene Militär-Konvention zum Eingreifen in Deutschland verpflichtet, sobald dies von den Franzosen gefordert wird. Ein ähnliches Verhältnis besteht bezüglich der Armee der Tschechei mit 200 000 Mann Friedenspräsenz.

Das alles mußte ein deutscher Reichskanzler und Minister des Auswärtigen, wenn er den Namen eines solchen verdienen will, den Ausführungen des windigen Franzosen sofort entgegenhalten. Er mußte haarklein beweisen, wie es in Wirklichkeit um die europäische Gefahr bestellt ist, und wie Frankreich Amerika und die ganze Welt belogen hat.

Daß diese Widerlegung nicht Schlag auf Schlag erfolgte, muß ich, ein ergrauter ehemaliger Diplomat, als den denkbar schwersten diplomatischen Fehler bezeichnen. Mit der stereotypen Erklärung der „Erfüllung" kommen wir nicht weiter; ein Mann, der wie Wirth sich so gänzlich unfähig erwiesen hat, eine für Deutschland besonders günstige Lage auszunützen, darf nicht länger im „Nebenamt" das vielleicht wichtigste Ressort verwalten. Fort mit ihm, bevor er uns ganz und gar außerpolitisch zugrunde richtet! Wie der eingangs bezogene Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz", sage auch ich: Man wird von Scham und Wut überwältigt über die Art, wie bei uns auswärtige Politik gemacht wird!

Ablehnung der Beamtenforderungen

Berlin, 15. Dezember.

Wie die „T.-U." erfährt, ist das an die Reichsregierung gerichtete Schreiben des Deutschen Beamtenbundes und der übrigen mitunterzeichneten Spitzenverbände der Beamten, Arbeiter und Angestellten vom 3. Dezember, betreffend die Erhöhung der Dienstbezüge, gestern vom Reichsfinanzminister Dr. Hermes, nachdem es vorher zum Gegenstand einer eingehenden und sachlichen Prüfung durch das Kabinett gemacht worden war, beantwortet worden. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„**Ich sehe mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf der Grundlage der in diesem Schreiben enthaltenen Vorschläge in Verhandlungen mit den Spitzenverbänden einzutreten.** Die Dienstbezüge der Beamten sind durch das Reichsgesetz vom 21. November, also erst vor wenigen Wochen, grundlegend neu geregelt worden.

Die diesem Reichsgesetz entsprechende Aenderung der Landesgesetze hat bisher nur zu einem ganz geringen Teil vorgenommen werden können. Gleichwohl wird schon jetzt wieder eine Erhöhung der Beamtenbezüge und der zugleich mit ihnen geregelten Bezüge der Arbeiter und Angestellten unter grundsätzlicher Abänderung des Besoldungsgesetzes gefordert. Dabei muß es besonders auffallen, daß dieselben Verbände, die jener Neuregelung mit Wirkung vom 1. Oktober ab zugestimmt haben, nun unter Beiseiteschiebung des eben erst beschlossenen Abkommens wiederum eine Neuregelung ab 1. Oktober verlangen. Ein Versuch, die Notwendigkeit für Gehalts- und Lohnerhöhungen in den geforderten Ausmaßen näher zu begründen, ist in dem Schreiben vom 3. Dezember nicht unternommen worden. Weder die Ergebnisse der Steuerungsstatistik noch die Vergleichung mit den Bezügen der Angehörigen freier Berufe, wenn man einige wenige besondere Fälle außer Betracht läßt, rechtfertigen die neuen Forderungen.

Die Nachprüfung und Berechnungen der jüngsten Zeit haben vielmehr ergeben, daß die Arbeiterlöhne des Reiches im allgemeinen, selbst in den größeren Städten, von Konjunkturindustrien abgesehen, die Lohnhöhe der in Privatdienst stehenden Arbeiter noch durchaus halten und in den mittleren und kleineren Städten sogar nicht unerheblich überschreiten. Trotzdem werden für die große Mehrzahl der Beamten Erhöhungen von mehr als 50 vom Hundert, in manchen Fällen sogar mehr als 70 vom Hundert der vor wenigen Tagen neu festgesetzten Gesamtbezüge und für die Arbeiter ein Lohnzuschlag von 4,30 Mk. für die Stunde, das ist ebenfalls eine Erhöhung von 48—73 vom Hundert der neuen Gesamtbezüge, gefordert.

Bei Bewilligung dieser Forderung würde sich der Gesamtmehraufwand des Reiches, der Länder und der Kommunen auf 50—60 Milliarden Mark berechnen. Die Forderungen lassen die gebotene Rücksichtnahme auf die allgemeine Volkswirtschaft, auf andere Kreise der Bevölkerung, auf die Finanzlage des Reiches und auf unsere auswärtige Lage vermissen.

Es ist mir daher, wie ich schon eingangs erwähnt habe, nicht möglich, sie als Grundlage für neue Verhandlungen anzusehen. Selbstverständlich verfolge ich, entsprechend der von der Reichsregierung stets eingenommenen Haltung und in Uebereinstimmung mit den in der Entschließung des Reichstages vom 11. November 1921 niedergelegten Wünschen, ständig und aufmerksam die wirtschaftliche Lage der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches. Ich werde deshalb von mir aus rechtzeitig die als möglich und angemessen erscheinenden Vorschläge machen und hierüber mit den Spitzenverbänden in Verbindung treten, wie ich andererseits stets bereit bleibe, geeignete Vorschläge als Grundlage für Besprechungen entgegenzunehmen."

gez.: Hermes.

Wie die „Telegraphen-Union" dazu erfährt, haben sich die Spitzenorganisationen unter Führung des Deutschen Beamtenbundes, die bereits gestern vormittag getagt hatten, gestern abend in später Stunde noch einmal versammelt, um zu diesem Schreiben Stellung zu nehmen. Nach eingehenden Beratungen wurde beschlossen, trotz dieses ablehnenden Bescheides an die Reichsregierung erneut das Ersuchen zu richten, über die nach wie vor unveränderten Forderungen in Verhandlungen zu treten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112161-17/fragment/page=0001

Lloyd Georges „Plan"

Paris, 15. Dezember.

Das „Echo de Paris" will in der Lage sein, über den Plan Lloyd Georges in der Reparationsfrage mitzuteilen: Zur **endgültigen Regelung des Reparationsproblems solle die deutsche Geldschuld um die 22 v. H. vermindert werden, auf die England nach dem Verteilungsschema von Spa Anspruch hat.** Frankreich werde 52 Prozent von allem Weiteren erhalten, was Deutschland in Geld oder in Sachlieferungen bezahle. Alle anderen Gläubigerstaaten hätten zusammen nur Anrecht auf 26 Prozent der deutschen Reparationszahlungen. Nach dem „Echo de Paris" wird durch diesen Plan Frankreich ein wirkliches Prioritätsrecht zuerkannt. Aber von den etwa 68 Milliarden Goldmark, die ihm als Anteil zukämen, müsse Frankreich etwa 26 Milliarden Goldmarkobligationen der letzten Serie dazu verwenden, um bei England und Amerika die Kriegsschulden zu begleichen. Der Plan Lloyd Georges beweise, daß es immer noch von dem Gedanken beherrscht sei, eine Reparationsformel zu finden, die Deutschland freiwillig annehmen und ohne Widerstand ausführen würde, damit sich die Vereinigten Staaten freiwillig anschließen, die an ihrem Entschluß festhielten, in Europa keine unmittelbare oder mittelbare Verantwortlichkeit zu übernehmen. Seine eigene Stellung gibt das Blatt durch die Bemerkung zu erkennen, die Tendenz Lloyd Georges beruhe auf Illusionen, Illusionen betreffs Deutschlands, Illusionen betreffs Amerikas.

*

Petit Parisien schreibt im Hinblick auf die bevorstehende Unterredung zwischen Briand und Lloyd George: Was verlangt Frankreich? Sicherheit, die sich nicht auf eine einfache Erklärung wie die im Uebereinkommen über den Pazifischen Ozean noch auf einen in seinen Ausführungen ungenauen Garantievertrag verlassen kann wie den, der seinerzeit zwischen Frankreich, England und Amerika abgeschlossen werden sollte. Frankreich braucht einen soliden Pakt. Was verlangt England? Die Wiederherstellung wirtschaftlicher Tätigkeit in Europa. Er sei übrigens der Ansicht, daß dies nur möglich sei, wenn Frankreich wieder das Vertrauen herstelle und durch Herabsetzung seiner Rüstung beweise, daß es keinen Herrschaftstraum träume, ähnlich dem, der unter den Schutz der englisch-japanischen Allianz Japan nach China geführt habe. Mit anderen Worten: **Frankreich brauche eine Allianz und England habe die Garantie nötig, daß, so unwahrscheinlich es auch sei, evtl. mit dieser Allianz kein Mißbrauch getrieben werde.** Nicht aus Haß gegen Deutschland, nicht aus imperialistischen Absichten glaube Frankreich ein starkes Heer unterhalten zu müssen. Wenn das britische Weltreich wirklich bereit sei, sich zur Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Festlande zu binden, so sei es wahrscheinlich, das man mühelos eine Formel finden werde, um endgültig seine Bewirkungen zu beruhigen. Man werde alsdann auch sehen, daß Frankreich dem demokratischen Deutschland die Hand reichen werde und daß es sich beispielsweise auch in Gemeinschaft mit England und Deutschland für die Wiederaufrichtung Rußlands interessieren werde, mit einem Wort: **die Gelegenheit biete sich heute, dem Mißverständnis zwischen Frankreich und England, das sich seit dem Waffenstillstande verschärft habe und das auch Europa beunruhige, ein Ende zu machen.** Um es verschwinden zu lassen, sei eine Art allgemeiner Liquidierung unerläßlich. Diese müsse die nächste Zusammenkunft von London bringen, zum wenigsten aber vorbereiten. **Die Verbesserung der französisch-englischen Beziehungen** sei übrigens auch der beste Weg, der beide nach Washington zurückführen könne. Hughes habe es Briand zu verstehen gegeben, daß **Europa nur Hilfe zuteil werden würde, wenn Frankreich und England einig blieben.**

Der „Chicago Tribune" wird aus New-York gemeldet, daß man sich in dortigen Finanzkreisen immer noch mit dem Plan einer Anleihe von einer Milliarde Dollars für Deutschland, die 50 Jahre laufen solle, beschäftige, die durch die deutschen Zölle und die deutsche Industrie gesichert werden solle. Die Einzelheiten dieser Anleihe seien noch „nebelhaft", doch seien die interessierten Bankiers überzeugt, daß diese Anleihe durch alle Völker garantiert werden müsse und daß der größte Anteil ihres Ertrages nicht einem Lande allein zufließen dürfe.

Der Washingtoner Korrespondent der „Daily Mail" warnt vor allen Nachrichten, die dahingehen, daß die Vereinigten Staaten den Alliierten ihre Schulden erlassen würden. In der amerikanischen Senatskommission, die das Gesetz über die Rückzahlung der alliierten Schulden an Amerika berät, erklärt man, daß die Regierung zunächst die Washingtoner Konferenz zu einem erfolgreichen Ende führen müsse, ehe sie an die Möglichkeit denken dürfe, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen.

Der revidierte Schießerlaß

Keine Parteiregierung in Preußen?

Preußischer Landtag

w. Berlin, 15. Dezember.

Der Landtag erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst den Entwurf zur Aenderung des Ruhrtalsperrengesetzes ohne Erörterung, sowie den Gesetzentwurf über den Hausierhandel, wonach die Steuersätze auf 300 bis 1000 Mark erhöht werden sollen. Die Gesetzentwürfe betreffend die Ablösung von Reallasten und Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen werden ebenfalls ohne Erörterung angenommen, ebenso ein Ausschußantrag, wonach sofort 25 Mill. Mark als Vorschuß zum Ausbau des Königsberger Hafens gefordert werden.

Darauf wird die **Etatsberatung beim Etat des Finanzministeriums** fortgesetzt.

Nach kurzer Debatte wird hierauf der **Haushalt der Zentralgenossenschaftskasse, der Seehandlung, der Staatsschuldenverwaltung, des Finanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung bewilligt.**

Es folgt der **Haushalt für die Schutzpolizei** in Verbindung mit dem Haushalt für das Staatsministerium, die Oberrechnungskammer, den Landtag und dem Haushaltsgesetz.

Abg. **Dr. Mayer-Ostpreußen** (Komm.) kritisiert die große Koalition und die Teilnahme der Mehrheitssozialdemokraten an einem Kabinett, in dem die Deutsche Volkspartei sitze, und wünscht eine Regierung der Arbeiterpartei.

Abg. **Leid** (U. S.) fordert die Beseitigung des Staatsrates, der nach seiner Meinung überflüssig sei.

Abg. **Dr. Meyer-Magdeburg** (Dn.) **fordert, daß bei der Auswahl der Beamten** Tüchtigkeit und fachliche Eignung in erster Linie maßgebend sein müssen. Gegen die Aufhebung des Erlasses, wonach Kommunisten von Verwaltungsämtern ausgeschlossen sein sollten, beständen schwerste Bedenken. Wir wünschen schleunige Vorlegung des Gesetzes über die Neuregelung der Gemeindeverwaltung.

Abg. **Rabold** (U. S.): Von Sparsamkeit kann man bei einem Polizeietat von über zwei Milliarden Mark nicht reden. Die großen Summen für Waffen- und Kampfmittel zeigen, daß die Schutzpolizei nur Reichswehr Nummer 2 ist. Die Hundertschaft zur besonderen Verwendung darf nicht wieder in Polizei eingereiht werden.

Präsident **Braun: Die Regierung ist keine Parteiregierung, sondern eine Arbeitsgemeinschaft verschiedener Parteien, um dem** Wohl des Volkes zu dienen.

Minister des Innern **Severing:** Mißhandlungen durch Polizeibeamte kommen auch unter der Regierung unabhängiger Minister in Braunschweig und Sachsen vor und Heines Schießerlaß stammt aus einer Zeit, wo politische Räuberbanden ihr Wesen trieben. Alle Angehörigen der Hundertschaft z. b. V. zu entlassen, wäre ungerecht. **Der Schießerlaß ist revidiert und wird morgen in der neuen Form bekannt gemacht.** Die Revision wird den Herren Kommunisten nicht weit genug gehen, aber mehr kann ich ihnen nicht entgegenkommen, da gerade jetzt Kommunisten auf organisierte Schritte ausgehen, wie eine Broschüre Plüttner beweist, die man bei einigen verhafteten Räubern gefunden hat. Die Polizei kann ich nicht schutzlos diesen organisierten Räuberbanden überlassen.

Abg. **Geschke** (Komm.) **verlangt Aufhebung der Genehmigungsfrist zu Schupoheiraten.**

Abg. **Metzenthin** (Dschn.) weist die Angriffe auf die Schupo zurück, deren Grundlosigkeit sich im Untersuchungsausschuß und aus dem Zetkinmaterial erwiesen habe.

Deutschlands Ernährung in Gefahr!

Das Stickstoff-Syndikat veröffentlicht folgenden Notschrei:

Die Landwirtschaft ist auf das höchste beunruhigt wegen ihrer schlechten Belieferung mit Stickstoffdüngemitteln. In der Tat ist der Versand von Düngestickstoff seit Monaten äußerst gering. Die Ursache liegt ausschließlich darin, daß den Werken die für den Abtransport nötigen Wagen fehlen. Es sind gestellt worden von den im September angeforderten 15 700 Wagen nur 9000 = 57 Prozent, im Oktober angeforderten 14 500 Wagen nur 6500 = 45 Prozent, im November angeforderten 19 000 Wagen nur 5500 = 29 Prozent.

Trotz aller unserer Bemühungen hat der Dezember bis jetzt keine Besserung gebracht. Im Gegenteil sind für die leistungsfähigsten Werke vom 1. bis 4. Dezember nur 14 Prozent und in den letzten Tagen vom 5. bis 8. Dezember sogar nur 2 bis 8 Prozent der angeforderten und notwendigen Wagen gestellt worden.

Die Werke sind mit Aufträgen überhäuft. Die Ware zu ihrer Erledigung ist vorhanden, ebenso Entspeicherungs- und Abladeeinrichtungen. Insgesamt warten 200000 Tonnen Stickstoffdüngemittel auf den Abtransport, weitere 600000 Tonnen werden in ständig steigender Erzeugung noch bis Ende April hergestellt. Sollen die Mengen der Landwirtschaft für die Frühjahrsbestellung zugeführt und damit der deutschen Volksernährung im nächsten Jahre nutzbar gemacht werden, bedürfen die Werke von jetzt ab einer regelmäßigen Gestellung von mindestens 460 Wagen zu 15 Tonnen täglich.

Unsere unzähligen Vorstellungen bei allen maßgeblichen Stellen um bessere Wagengestellung waren bis jetzt nicht nur vergeblich, die Eisenbahn hat sogar die Wagengestellung für Düngemittel mehrfach gänzlich gesperrt. Die Lage ist ernst. Wir allein können die Verantwortung nicht mehr tragen. Sache der verbrauchenden Landwirtschaft, ja des gesamten deutschen Volkes muß es nunmehr sein, sich auch ihrerseits mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Eisenbahn diese, im Verhältnis zum Gesamtverkehr, kleinen Mengen rechtzeitig abfährt.

Zur Frage der Zuckerversorgung hat die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Zuckerraffinerien einmütig festgestellt, daß der überall auftretende große Zuckermangel in der Hauptsache auf die ganz ungenügende Stellung von Eisenbahnwagen für die Beförderung des bei den Fabriken vorhandenen fertigen Zuckers nach dem Verbrauchsort zurückzuführen ist. Bis Anfang Dezember konnten nur 38 Prozent des von den Fabriken verkauften Verbrauchszuckers den Abnehmern zugeführt werden. Die Bestände der Fabriken mehren sich von Tag zu Tag; am 1. Dezember lagerten in den Fabriken 1,2 Millionen Zentner versandfähigen Zuckers. **Es muß dringend schleunigste Abhilfe verlangt werden.**

Auch der Untersuchungsausschuß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates hat anerkannt, daß die von der Zuckerwirtschaftsstelle freigegebenen Zuckermengen ausreichend sind, um die Bedürfnisse der Verbraucher voll befriedigen zu können. Die Schwierigkeiten liegen in den Transportverhältnissen und in der Verteilung. Der Ausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung erneut das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ersucht, darauf hinzuwirken, daß der Zuckerwirtschaftsstelle ein Beirat angegliedert wird, in dem auch die **Verbraucher vertreten sein sollen.**

Verhaftung kommunistischer Bankräuber

Berlin, 15. Dezember.

Der Kriminalpolizei ist es gestern gelungen, eine der gefährlichsten Räuberbanden, deren Spezialität in Ueberfällen auf Bankgebäude, auch Bankbeamte und Geldtransporte bestand, zu verhaften. Es konnte vorerst allerdings nur ein kleiner Teil dieser Banditen festgenommen werden. Die weitaus größere Zahl befindet sich noch in Freiheit. Die Verhafteten sind überführt und geständig, die großen Bankraubüberfälle auf die Deubener Bank, auf die Zechenkasse Alwine, Bruckdorf bei Halle und am letzten Freitag den Raubüberfall auf die Kassierer der Glasfabrik Siemens bei Dresden verübt zu haben. Bei der letzten Raubtat waren ihnen 223 000 M. in die Hände gefallen, durch die beiden anderen Ueberfälle hatten sie sich ungefähr 550 000 M. verschafft.

Nach dem Raubanfall auf die Kassierer der Glasfabrik flohen die Täter, wie der Polizei bekannt wurde, nach Berlin. Und hier konnten sechs der Räuber, fünf Männer und ein junges Mädchen, verhaftet werden. In ihrem Besitze fand man noch 96 000 M., die beschlagnahmt wurden. Der Anführer der Verhafteten ist der berüchtigte Kommunist Hölzel aus Koschwitz bei Dresden. Seine Mitverhafteten sind die Kommunisten Menzel, Reimann, Jahnke, Richter und Fräulein Ebert. Letztere leistete für die Banditen Kurierdienste und hatte ferner die Aufgabe, sich den Beamten der zur Beraubung ausersehenen Betriebe zu nähern und sie nach allem auszufragen. Die Verhafteten geben sämtlich an, augenblicklich parteilos zu sein, d. h. sie seien aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Sie sind in vollem Umfange geständig und geben zu, daß sie in Banden von 10 bis 15 Personen eingeteilt sind, die den Weisungen der Zentrale zu folgen haben. Der Hauptanführer ist der ebenfalls sehr berüchtigte Kommunist Glättner, der bisher noch nicht gefaßt werden konnte. Unteranführer der verhafteten Bande war Hölzel. Die verschiedenen Banden haben annähernd 100 Raubüberfälle auf dem Kerbholz. Die hier Verhafteten werden heute unter außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen nach Dresden überführt.

„Der Medderkoog"

42] **Schleswig-Holsteinscher Roman**

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

„Vater, du glaubst doch nicht —"

Graf Reventlow legte den Arm fest um die erschrocken vor ihm zurückweichende Gestalt der Tochter. „Ich hab's schon lange gemerkt. Ich war nur zu schwach und zu mitleidig. Das alte, kränkliche Geschöpf dauerte mich. Aber es gibt ein Mitleid, das mehr schadet als nützt. Sophie muß aus dem Hause, und zwar heute noch, ehe Rantzau kommt."

„Aber Vater!"

„Hier im Hause ist nicht gut sein für einen entflohenen Gefangenen, solange sie da ist. Noch haben wir keinen Frieden. Wer kann wissen, ob nicht, sobald Rantzau eintrifft, eine heimliche Botschaft nach Fridericia geht, und man uns von dort ein paar dänische Halunken auf den Hals schickt, um ihn wieder zu holen? Ich glaub's zwar nicht, weil sie kurz vor dem Waffenstillstand sich nicht viel um einen entlaufenen Gefangenen scheren werden, aber möglich wär's doch, weil's gerade mein Haus ist, in dem er Zuflucht suchte. Mein Haus! Das ist ihnen ein Dorn im Auge, und wenn sie mir was am Zeuge flicken können, so tun sie's nur zu gern. Nein — ehe nicht Waffenstillstand ist, darf keiner wissen, daß Rantzau hier ist. Siehst du das ein, Lisa?"

„Gewiß, Vater. Aber wenn ich Tante Fiekchen bitte, verrät sie sicher nichts."

„Und holt dabei heimlich deine Briefe unter dem Kopfkissen fort?" lachte Graf Reventlow scharf auf. „Seien wir nicht allzu vertrauensselig, mein Kind!"

„Hätte ich dir nur lieber nichts davon gesagt, Vater. Vielleicht tun wir Tante Fiekchen doch unrecht!"

„Denke an die Briefgeschichte mit Karin. Schon damals hätte ich Tante Sophie aus dem Hause weisen sollen. Wer einmal unehrenhaft handelt, tut es immer wieder — Was hast du deiner Mutter gesagt wegen des vorbereiteten Gastzimmers?"

„Ich sagte, du glaubtest, daß wir bald wieder Einquartierung bekämen."

„Gut. Deine Mutter mag wissen, daß ein Verwundeter bei uns liegt. Aber wer das ist, das soll sie erst erfahren, wenn die Auswechslung der Gefangenen dicht bevorsteht. Du und ich und der alte Jensen übernehmen die Pflege."

„Mama wird es trotzdem merken, gerade weil wir es ihr verbergen wollen."

„Mit deiner Mutter werde ich schon fertig werden, wenn erst die Gehilfin aller dieser Heimlichkeiten und Spionagen fort ist."

Lisa senkte den Kopf. „Wohin soll denn Tante Fiekchen aber gehen, Vater?"

„Nach dem Medderkoog — in Christians alte Wohnung." Zum ersten Male seit Monaten sprach Graf Reventlow den Namen des Sohnes aus. „Dort ist sie isoliert genug, um keinen Schaden mehr anrichten zu können. — Bleib' nur hier, Lisa. Ich will die Tante allein sprechen."

Vorsatz und Ausführung standen bei dem Grafen stets auf einem Blatt. Wenige Minuten, nachdem er seiner Tochter seinen Entschluß ausgesprochen hatte, klopfte er mit hartem Finger an Tante Fiekchens Tür. „Ich bin's, Sophie!" rief er.

Fräulein von Webern fuhr erschrocken auf, als sie die hohe Gestalt des Schwagers so unerwartet in der Türöffnung stehen sah. Sie warf schnell ein Tuch über ihre Arbeit.

Graf Reventlow ging mit raschen Schritten bis vor den Tisch und zog das Tuch fort. Einige Blätter Papier, mit einer kleinen, seltsamen Schrift in dänischer Sprache, beschrieben, lagen darauf.

„Eine Geheimschrift?" fragte er spöttisch. „Oder machst du im stillen Gedichte?"

Fräulein von Webern antwortete nicht. Ihre nach innen gezogenen Lippen waren ganz weiß.

Graf Reventlow nickte ruhig vor sich hin. „Sophie von Webern! Siebenundzwanzig Jahre lang hast du mein Brot gegessen, unter dem Dach meines Hauses geschlafen und mich dabei an jedem einzelnen dieser Tage verraten und hintergangen!"

Er sprach die Worte weder zornig noch vorwurfsvoll, aber mit so eisiger Verachtung, daß ein Frostschauer die kleine, verkümmerte Gestalt vor ihm schüttelte.

„Du hast damals Karins Brief gelesen, weil du hofftest, eine interessante Neuigkeit zu erfahren — und seit dem Ausbruch des Krieges vermittelst du die Korrespondenz zwischen Christian und meiner Frau, stöberst in meinen und Lisas Briefen umher, um den Dänen Wissenswertes mitzuteilen. Spionin du! Kannst du das leugnen?"

Graf Reventlow faßte den zerbrechlichen Arm des alten Dämchens, ließ ihn aber gleich wieder fahren, denn Sophie sank lautlos in ihren Stuhl zurück. Ihre zitternden Knie trugen sie nicht mehr.

„Kannst du das leugnen?" wiederholte Graf Reventlow mit starker Stimme.

„Nein, Friedrich — ich leugne nichts.""

„Sophie — du wirst heute noch mein Haus verlassen."

„Ja, Friedrich. Das mußte wohl so kommen. Du hast lange genug Geduld gehabt."

Ein verächtlicher Zug legte sich um seinen Mund. Diese Ergebung paßte zu der Rolle, in die sie sich so eingelebt haben mochte, daß sie keine andere mehr spielen konnte.

„Du hast Luise stets aufgehetzt, hinter meinem Rücken zu intrigieren," fuhr er heftiger werdend fort, „sie zu allen Heimlichkeiten verführt. Es ist ja toll genug, daß sie sich dazu benützen ließ, aber schließlich gibt's für sie wenigstens die Entschuldigung, daß sie ihrem Sohn dadurch zu nützen hoffte. Aber was kannst du für Milderungsgründe für deine Handlungsweise anführen?"

„Keine, Friedrich."

„Bei dir ist es also wirklich nur Hang zum Lügen und Intrigieren, boshafte Rachsucht gegen uns Deutsche — was?"

Ein schluchzender Seufzer hob ihre Brust. „Das muß wohl so sein, wenn du es sagst, Friedrich!"

Ihre zitternden Hände fuhren mit heftigen, fahrigen Bewegungen umher. Sie stieß gegen die rote Vase. Eines der Papierblätter flatterte zu Boden.

Graf Reventlow bückte sich und versuchte, die merkwürdige Schrift zu entziffern. Aber es glückte ihm nicht. Unmutig knäulte er das Papier zusammen. „Pack deine Koffer und was du sonst von Sachen und Möbeln mithaben willst, Sophie!" herrschte er die Schwägerin an. „In drei Stunden ist ein Wagen für dich bereit!"

„Wo soll ich hin?"

„Nach dem Medderkoog. Christians Wohnung ist gut im Stande — und du kannst dir das Mädchen, das dich hier bedient hat, mitnehmen. Aber ich rate dir — keine Heimlichkeiten und Durchstechereien mehr! Sonst —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112161-17/fragment/page=0002
DFG

Zur Dezentralisation der sowjetrussischen Industrie

Aus Riga wird geschrieben:

Mit der gleichen Hast und tötenden Geschäftigkeit, mit welcher die Sowjetrussen die Nationalisierung der russischen Industrie durchführten, und das ganze Wirtschaftsleben vergeblich in die zwei gigantischen Abteilungen Verbrauch und Fabrikation teilen wollten, wobei die Provinz oder die obersten Gouvernementsbehörden nur die ausführenden Organe der Zentralen in Moskau wurden, ist die Zentralisation aufgegeben worden, und Moskau gibt den einzelnen Wirtschaftszweigen im Lande eine unerwartete Selbständigkeit. Wohlverstanden handelt es sich hier nicht etwa um eine große Entnationalisierung der fortgenommenen Betriebe. Ihren menschheitsbeglückenden Traum haben die Kommunisten noch lange nicht ausgeträumt. Es handelt sich hier aber um den neuen Versuch, die kommunisierte, staatlich gebliebene Industrie, die die hauptsächlichsten Produktionsquellen des Landes umfaßt, in neue Formen gegossen, zu jener Produktionsfähigkeit zu erwecken, welche ihr bei der gänzlichen Kommunisierung des Landes dem einfachen gesunden Menschenverstande nach nicht beschieden sein konnte. Diese neuen Formen sind die sowjetrussischen Truste.

Bei der Begabung des Russen für alles Theoretische und Neue greift er sofort zur Nachahmung der neuesten Erscheinung im westeuropäischen Wirtschaftsleben, den Werdegang des einzelnen Produktes vom Rohstoff an bis zum Fertigfabrikat und Abtransport und Vertrieb zu konzentrieren, wie es etwa in Deutschland in den Stinneskonzernen zum Ausdruck kommt. Die bereits vorhandene sowjetrussische Konzentration der Industrie läßt die Neueinteilung leicht erscheinen.

Daß die Durchführung der Neuorganisation mit der sonst in Sowjetrußland üblichen Uebereilung geschieht, kann allerdings nicht behauptet werden. Im Gegenteil. Der oberste allrussische Wirtschaftsrat wird von allen Seiten angefeindet, weil er angeblich die Durchführung nicht schnell und energisch genug betreibt, und die von verschiedensten Seiten eingereichten möglichen und unmöglichen Trustierungsprojekte ohne Folge gelassen habe. Diese Erscheinung ist dahin zu verstehen, daß die Zulassung der Privatwirtschaft in Sowjetrußland nur einen theoretischen Wert hat und auch nur haben kann, weil das notwendige Privatkapital zur Wiederbelebung der einer Privatwirtschaft abzugebenden verrotteten Sowjetbetriebe einfach nicht vorhanden ist. Wenn es auch vorhanden wäre, so sind die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu unsicher, als daß sie das Risiko einer Kapitalanlage aufwiegen würden. Die neuen Truste werden aber von der Sowjetregierung finanziert. Die treibenden Kräfte im sowjetrussischen Wirtschaftsleben, es sind nicht immer nur Kommunisten, streben nun aus verständlichen Gründen, sich durch Schaffung irgendeines Trustes, der von oben finanziert, auf kaufmännische Basis gestellt, ein gewisses Maß Selbständigkeit Moskau gegenüber garantiert, eine mehr oder minder einträgliche Existenz zu schaffen, oft sicher auch nur die Möglichkeit zur Erlangung nackter Lebensmöglichkeit zu haben. Zu dieser letzten Kategorie werden wohl die früheren, in Rußland verbliebenen, über Bord geworfenen Industriellen und Kaufleute gerechnet werden müssen. Dagegen befleißigt sich die Sowjetregierung noch Wiedereinführung der Geldwirtschaft einer offensichtlichen Sparsamkeit. Ohne sie würde die Finanzierung all der neugegründeten Truste, der vielen neuen Konsum-, Produktiv-, Handels- und Transportgenossenschaften den Geldbedarf ins Unermeßliche vergrößern. Trotz der bereits vorgenommenen Reduzierung des Geldwertes durch Ausgabe eines neuen Sowjetrubels, der gleich 10 000 alter Sowjetrubel gilt.

Immerhin macht die Durchführung des Trustierungsgedankens Fortschritte. Allerdings läßt sich noch kein klares Bild der in Bildung begriffenen Truste, wie etwa in der Baumwollindustrie, in der Metallverarbeitung, gewinnen. Sämtliche Veröffentlichungen der einzelnen sowjetrussischen Wirtschaftler darüber sind theoretisch gehalten, gehen stark auseinander, ziehen aber sämtlich den Wechsel auf eine bessere Zukunft. Bei allen diesen Veröffentlichungen ist immer die stille Hoffnung unverkennbar, daß vielleicht irgendeine ausländische Kapitalistengruppe sich des betreffenden Wirtschaftszweiges erbarmen, die Konzession darauf übernehmen und so die Sowjetleute der Schwierigkeit der Trustierung entheben werde. Ein halbwegs klares Bild von der Absicht der Sowjetregierung und der Durchführbarkeit des Trustierungsgedankens scheint der staatliche Trust Sewerolesz (Nordwald) zu geben. Hier geht die Sowjetregierung von der zwingenden Notwendigkeit aus, erst mal Ausfuhrobjekte zu schaffen, um ihrer in Kürze unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit im Auslande abzuhelfen. Ein Rückgreifen auf den Waldreichtum im Norden des europäischen Rußland, aus dem schon vor dem Kriege soviel exportiert wurde in dem sich die Engländer 1919 während der antibolschewistischen Kämpfe nicht umsonst festgesetzt hatten, lag am nächsten. Zudem scheint die Holzverarbeitungsindustrie um Archangelsk herum nicht so verrottet und heruntergewirtschaftet zu sein, wie die anderen sowjetrussischen Staatsbetriebe. Auf jeden Fall behauptete der Vizepräsident des allrussischen Wirtschaftsrates im persönlichen Gespräch, daß die Sowjetregierung oder der Trust Sewerolesz bald in der Lage sein werde, größere Mengen Nutzholz über Archangelsk zu exportieren. Obwohl der Trust erst am Ende des Sommers gegründet ist, habe er schon 30 600 Standard Holz ausführen können und 25 beladene Dampfer wären noch im Oktober zum Auslaufen bereit gewesen. Nach dem wirtschaftlichen Fiasko der Sowjetregierung sei es schwer, allen ihren Ziffern unbedingten Glauben zu schenken, seien sie auch noch so glaubwürdig und liebenswürdig vorgetragen. Um so mehr, wenn behauptet wird, daß noch weitere 50 Dampfer dem Trust zugeteilt werden würden. Dieser Trust, mit 100 Milliarden Sowjetrubel gegründet, soll die ganze Holzindustrie des Nordens umfassen. Angefangen von den Holzfällerkommandos und Sägewerken bis zu den eigenen Dampfern. Als Neuheit soll der Trust die chemische Bearbeitung des Holzes oder Gewinnung chemischer Produkte daraus pflegen. Bei aller Reserve den sowjetrussischen Wirtschaftshoffnungen gegenüber scheint hier doch vielleicht die Möglichkeit raschester Erlangung von Ausfuhräquivalenten vorhanden zu sein.

Als Gegenstück des Sewerolesz hat die Sowjetregierung nunmehr einen weiteren Holztrust, den Sapadolesz (Westwald) bestätigt, der die Waldreichtümer Weißrußlands und des Gouvernements Homel ausbeuten und verwerten soll. Auch dieser Trust soll ausschließlich auf die Ausfuhr, auf den Verkehr mit dem Ausland eingestellt werden. Hier will die Sowjetregierung sogar noch weiter gehen und dem Trust vollständige Freiheit im geschäftlichen Verkehr mit dem Auslande zugestehen. Dieser Trust soll das Recht erhalten, im Auslande für eigene Rechnung Einkäufe an Maschinen, wie auch Lebensmitteln und sonstigem Bedarf seiner Arbeiter und Angestellten zu machen und sie mit seinen Holzlieferungen zu bezahlen oder auszugleichen. Ein gewisses Kontrollrecht wird sich allerdings das Außenhandelskommissariat nicht nehmen lassen. Da aber der Holzexport aus den weißrussischen Waldgebieten bisher die greifbarsten Erfolge gezeitigt hat — er betrug 46 Prozent der gesamten sowjetrussischen Ausfuhr des laufenden Jahres —, so braucht man dieser Organisation vielleicht nicht jeden Erfolg von vornherein abzusprechen.

Kreistag des Saalkreises

Das Geplänkel um Neu-Ragoczy — Der idealistische Landrat — Krippenpolitik — Hundert Mark für eine Sitzung!

Bei der Besprechung der Siedlungsangelegenheiten und Wohnungszuschüsse kam die erste Erregung in die Sitzung. Die sonst so friedlich-gönnerhafte Beschaulichkeit unseres neuen Landrats Erdmann geriet bedenklich ins Schwanken. „Reden Sie doch nicht fortwährend mit anderen Leuten!“, rief er dem Kommunisten Mödig zu, der aber gab die moralische Ohrfeige prompt zurück: „Das sind keine Leute! Das ist mein Freund und Reichstagsabgeordneter!“ Nach langem Hin und Her wurde beschlossen, eine Beratungsstelle für Siedlungssachen im Wohnungsamt zu schaffen und für jede im Jahre 1922 fertiggestellte Wohnung, bestehend aus wenigstens drei Räumen, einen Zuschuß von 10 000 Mark zu gewähren.

Punkt 13 der Tagesordnung **„Beschlußfassung über Fortführung der Instandsetzungsarbeiten des Bades Neu-Ragoczy“** wird vorweggenommen, wohl in der Ahnung, daß es hier zu hitzigen Auseinandersetzungen kommen wird. Die Bauarbeiten haben schon viel verschlungen. Der Voranschlag ist auf 2 bis 3 Millionen Mark geschätzt. Doch der Herr Landrat war optimistisch. Er meinte: Wenn Deutschland zugrunde geht, wird auch aus Neu-Ragoczy nichts. Ich aber glaube, daß die Mark in zehn Jahren wieder 50 Pfennig im Ausland wert sein wird (Lächeln auf der Rechten, Heiterkeit auf der Linken) und dann können wir ja weiterbauen! Heute aber sind Schulden zu vermeiden. Ich bin Idealist! (Nun wissen wir wenigstens, wie der neue Landrat aussieht: Wenn er auch nicht „ideal“ ist, so ist er doch wenigstens Idealist!) Die Kommunisten nahmen Veranlassung, bei dieser Gelegenheit den „bürgerlichen“ Direktor Patri persönlich anzugreifen. Er hätte das Unternehmen nicht übernehmen dürfen. Entweder kann er nichts oder er wollte nicht. Was aber einmal angefangen ist, muß fortgesetzt werden. Nur ist eine Ueberwachungskommission für die Tätigkeit Patris erforderlich. Auf der bürgerlichen Seite bestand die Auffassung, daß wohl für die Kranken etwas geschehen muß, der kostspielige Ausbau des Bades einstweilen einzustellen sei, soweit das ohne Schaden geschehen kann. Die Angriffe auf Direktor Patri wurden lebhaft zurückgewiesen. Wenn jemand schuld hat, so ist das zum großen Teil Landrat Thiele, der sich um die Leitung des Baues hätte kümmern müssen. Direktor Patri verteidigte sich sehr sachlich. Die Bauleitung hat gar nicht in den Händen des Wohlfahrtsamtes, sondern in den Händen des Kreisbauamtes, dem also auch die Verantwortung zufällt, gelegen. Das Streiken, die Lohnforderungen, das teure Material (zumal bei der Wasserleitung) hat die Unzulänglichkeiten der Ausführung des Planes gebracht. Kreismedizinalrat Dr. Hillenberg hat, bei der Bedeutung des Bades für die Allgemeinheit, doch zu versuchen, die Mittel auch von der Allgemeinheit aufbringen zu lassen. Viele Kreise suchen heute ihre eigenen Krankenheime zu gründen. Nachdem die Mehrzahl der Abgeordneten ihre Ansicht über Neu-Ragoczy ausgesprochen hatten, wird beschlossen, die Arbeiten fortzusetzen. Jedoch soll eine Kommission gewählt werden, die die Arbeiten beaufsichtigt und das Recht, Geld auszugeben, dem Kreisbauamt übertragen werden. Die Kommission besteht aus vier Mitgliedern und dem Landrat.

Bei Punkt 14 wird beschlossen, daß ein Beitrag von 40 000 Mark zur Beschaffung von Kohlen, Kleidung und Kartoffeln für Altkriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Friedensrentenempfänger und für die Familien der politisch Inhaftierten gewährt wird. Zu Punkt 6 der Tagesordnung wurde beschlossen, die Körgebühr für die Bullenkörung von 10 M. auf 25 M. zu erhöhen. Bei der Zusammensetzung der Amtsbezirke Diemitz, Reideburg, Büschdorf und der Gutsbezirke Reideburg und Sagisdorf wird beschlossen, dem Vorschlag des Kreises zuzustimmen und sich auch weiterhin an die gesetzlichen Vorschriften zu halten. Das gleiche Schicksal ereilte den Amtsbezirk Lppin, dessen Vorschlag, statt vier, fünf Mitglieder zu entsenden, abgelehnt wird.

Bei der Wahl von Schiedsmännern für die Bezirke Beesenlaublingen, Domnitz, Kirchedlau und Petersberg und bei der Wahl eines Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Rothenburg und eines Stellvertreters von dem Amtsbezirk Osmünde hat man Gelegenheit, interessante Feststellungen zu machen. Für sämtliche Pöstchen wurden die Gesinnungsgenossen der Herren Unabhängigen und Kommunisten gewählt und die Vorschläge von bürgerlicher Seite abgelehnt. Der Herr Landrat hielt es nicht für nötig, einen Befähigungsnachweis zu verlangen. Er hielt es nicht für nötig, vor einer einseitig politischen Besetzung der Stellen zu warnen oder gar etwa auch einmal den Bürgerlichen ein Zugeständnis machen zu lassen. Wenn seine Genossen von der Linken jemand vorschlagen, wird es schon der richtige Mann sein! Dafür haben wir eben einen „unabhängigen“ Landrat.

Ein dringender Antrag war an die Tagesordnung angeflickt. Es sollte über die Erhöhung der Entschädigung für die Kreistagsmitglieder, Kreisausschußmitglieder und der Kreiskommission von 50 Mark auf 100 Mark beschlossen werden. Die bürgerliche Seite hatte die richtige Erkenntnis, daß das Amt eines Kreisratsmitgliedes in erster Linie ein Ehrenamt ist, auf keinen Fall zu einer Verdienstmöglichkeit ausgeschlachtet werden darf. Sie versagte deshalb ihre Zustimmung, was freilich ohne Erfolg blieb.

J.

Schwarz-weiß-rot

Der Wust der neuen Gesetze im Reichstag

w. Berlin, 15. Dezember.

Der Entwurf über die vierte Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso **die fünfte Ergänzung betreffend das Ortsklassenverzeichnis.** Bis zum 31. März 1922 soll eine Nachprüfung stattfinden. Das deutsch-dänische Abkommen wegen Ueberleitung der Rechtspflege im nordschleswigschen Abtretungsgebiet wird in allen drei Lesungen angenommen. Ein Antrag Bartz zum Gesetz über die Aenderung der Tabaksteuer (Ermäßigung des Zolles), die Zölle überhaupt aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und das Gesetz in allen drei Lesungen angenommen. **Das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge** passiert die erste Lesung. **Das Stillgeld wird erhöht auf die Höhe des halben Krankengeldes,** mindestens aber auf die Höhe des für einen Liter Milch zu zahlenden Betrags bis **zum Ablauf der zwölften Woche. Das Wochengeld ist auf drei Mark festgesetzt.** Die Anträge betreffend den **Verkehr mit Kartoffeln und Getreide, Erhöhung der Mehlration auf 260 Gramm, Sicherstellung der Kartoffeln durch Umlageverfahren und Erhöhung der Getreideumlage** hat der Ausschuß zu einem Gesetz umgestaltet. Das nach unwesentlicher Debatte angenommene Gesetz sieht vor, daß die mit der Verteilung des Getreides betraute Stelle einen Aufsichtsrat erhält, bestehend aus einem Direktor und 37 Mitgliedern, von denen je sieben auf Reich und Länder, Landwirtschaft und Städte, sechs auf die Arbeitnehmer, vier auf die liefernden Landkreise und je drei auf die großgewerblichen Unternehmungen sowie auf die organisierten Verbraucher entfallen.

In der nun folgenden **zweiten Lesung des Wochenhilfegesetzes** bezeichnet ein Vertreter des Finanzministeriums die dem Reiche allein durch die Milchpreise erwachsenden Kosten als unerträglich hoch und das Gesetz als unannehmbar.

Abg. Frau Teusch stellt einen Vermittlungsantrag, der ein **festes Stillgeld** verlangt, anstatt einer jeweiligen Anpassung an die Milchpreise. Im weiteren Verlauf der Debatte bittet der **Reichsarbeitsminister, das Stillgeld fest anzusetzen.** Er würde zwar lieber dem Antrag Agnes entsprechend die Unterstützungsgrenze von 10 000 auf 15 000 Mark heraufsetzen, um möglichst vielen Wöchnerinnen helfen zu können. Die Abstimmung über den Antrag Teusch, die ein festes Stillgeld fordert, muß auf dem Wege des Hammelsprunges erfolgen. Sie ergibt mit 157 gegen **147 Stimmen Annahme des Antrages.** Mit dieser Aenderung wird nun die Ausschußfassung angenommen, sodann das ganze **Gesetz in zweiter Lesung,** wobei noch ein Antrag zur Annahme kommt, die untere Grenze der Empfangsberechtigten von 10 000 **auf 15 000 Mark zu erhöhen. Gegen die sofortige dritte Lesung erhebt Frau Abg. Teusch Einspruch.**

Das Gesetz zur stärkeren Steuererfassung der Valutagewinne bei der Warenausfuhr wird nach kurzer Debatte angenommen. — **Im Entwurf über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen** sowie über die Abänderung der Verordnung über Lohnbeschlagnahme und Lohnpfändung schlägt der Ausschuß Erhöhung der Pfändungsgrenze bei Gehalts- wie bei Lohnempfängern auf 12 000 Mark vor. Die dritte Vorlage wird unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge in der Ausschußfassung angenommen, auch in dritter Lesung. Der Entwurf über die **Neuregelung der Zulagen bei der Unfallversicherung** wird dem Ausschuß überwiesen. Die Vorlage über Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes wird den Ausschußanträgen gemäß angenommen. Die Besprechung wegen Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten wird mit Rücksicht auf die große Zahl der bereits gemeldeten Redner einstweilen vertagt.

Präsident **Loebe** teilt mit, daß inzwischen ein deutschnationaler und volksparteilicher Antrag eingegangen sei, der **die Frist zur Führung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge bis auf weiteres verlängern will.** Die Abstimmung darüber, ob dieser Antrag morgen auf die Tagesordnung kommen soll, ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da die Linke sich der Abstimmung enthält.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag 2 Uhr.

Kleine Anfragen, kleine Vorlagen und Ausschußberichte; **Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten und Flaggenantrag Hergt-Stresemann.**

Schluß 7 Uhr.

Neuer Antrag zum Einkommensteuergesetz

Berlin, 15. Dezember.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen sollte heute der Abänderungsantrag Marx-Emminger zum Einkommensteuergesetz weiter beraten werden. Es entstand aber dadurch eine neue Situation, daß Abg. Emminger (Bayr. Volkspartei) seinen Antrag zugunsten eines anderen vom Abg. Keil (Soz.) eingebrachten Vorschlages zur Bemessung der Steuerstaffeln zurückzog. Gleichzeitig lag ein von dem Abg. **Höhner** (Zentr.) und **Hartwig** (Dnatl.) unterzeichneter Antrag vor. Abg. Höhner begründete seine abweichende Stellungnahme von dem Zentrumsantrag Marx-Emminger mit Wünschen, die aus Arbeitnehmerkreisen der bürgerlichen Parteien hervorgetreten waren. Der Antrag Höhner fordert folgende Formulierung für § 21:

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 40 000 Mark des steuerbaren Einkommens zehn vom Hundert,

für weitere 10 000 Mark 15 v. H.,
für weitere 10 000 Mark 20 v. H.,
für weitere 40 000 Mark 25 v. H.,
für weitere 100 000 Mark 30 v. H.,
für weitere 100 000 Mark 35 v. H.,
für weitere 100 000 Mark 40 v. H.,
für weitere 200 000 Mark 45 v. H.,
für weitere 200 000 Mark 50 v. H.,
für weitere 200 000 Mark 55 v. H.,
für die weiteren Beträge 60 v. H.

Der Antrag Keil (Soz.) will die niederen Stufen schwächer und die höheren Stufen stärker erfassen. Danach soll die Einkommensteuer betragen:

für die ersten 50 000 Mark 10 v. H.,
für weitere 75 000 Mark 15 v. H.,
für weitere 100 000 Mark 20 v. H.,
für weitere 150 000 Mark 25 v. H.,
für weitere 200 000 Mark 30 v. H.,
für weitere 300 000 Mark 35 v. H.,
für weitere 400 000 Mark 40 v. H.,
für weitere 600 000 Mark 45 v. H.,
für weitere 800 000 Mark 50 v. H.,
für weitere eine Million Mark 55 v. H.,
für weitere Beträge 60 v. H.

Außer diesen Anträgen wurde von den Abgeordneten Pohlmann und Dr. Fischer (Dem.) gefordert, daß die Regierung zu ersuchen sei, eine Berechnung vorzulegen, die darlegt, welche prozentualen Steuersätze des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 für die verschiedenen Einkommenstufen in Betracht kämen, wenn die gegenwärtige innere Geldentwertung und die innere Geldentwertung zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes vom 29. März 1920 berücksichtigt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112161-17/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 16. Dezember.

Verkehrswirtschaftliche Anordnungen

Die während des Krieges von militärischen Stellen erlassenen und vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung im Februar 1919 aufrechterhaltenen Anordnungen werden zum Teil aufgehoben. Für den Eisenbahnverkehr bleiben nachstehende Anordnungen noch in Kraft:

1. das Verbot falscher Angaben bezüglich der Bezeichnung des Absenderes, der Art der Menge und des Gewichts des Gutes, des Empfängers und der Verwendung des Gutes gegenüber Militär- und Eisenbahnbehörden, ganz gleich, ob sie im Frachtbrief, auf Dringlichkeitsvordrucken oder dergleichen oder mündlich gemacht werden;

2. das Verbot, Wagen, die von der Eisenbahnverwaltung zur Beförderung bestimmter dringend benötigter Güter bevorzugt gestellt werden, zu anderweitigen Zwecken zu verwenden und Wagen, die bei den Verkehrstreibenden beladen eingegangen sind, nach Entladung ohne Einverständnis der Eisenbahn wieder zu beladen;

3. das Verbot, die zur Entladung bestimmten Eisenbahnwagen über die Ladefrist hinaus unentladen stehen zu lassen;

4. das Gebot, auf Verlangen der Eisenbahnverwaltung Eisenbahnwagen auch an Sonn- und Feiertagen zu be- und entladen sowie die Verpflichtung der Angestellten und Arbeiter der zur Be- und Entladung angehaltenen Betriebe, auf deren Erfordern an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten;

5. das Gebot für Inhaber kaufmännischer Firmen, dafür Sorge zu tragen, daß Benachrichtigungen über Beladen und Entladen der Eisenbahnwagen auch an Sonn- und Feiertagen zu ihrer Kenntnis kommen;

6. die Ermächtigung der Eisenbahnverwaltung, bei Ueberschreitung der Entladefrist die Güter auf Kosten der Empfänger nach Maßgabe der von der Eisenbahnverwaltung aufzustellenden Berechnung zwangsweise zu entladen und zuzuführen.

Das Weihnachtsmärchen im Stadttheater

„Dornröschen".

Sie waren dankbare und aufmerksame Zuschauer, alle die kleinen Buben und Mädchen, die sich gestern nachmittag in Begleitung der guten Mutti und Tante, des guten Onkels oder Vati pünktlich im Stadttheater eingefunden hatten, um sich das schöne Märchen vom Dornröschen anzuschauen. Der Onkel Ludwig (Herr Hartwig) brauchte ihnen eigentlich das Märchen gar nicht erst vorzuerzählen. Sie kannten es ja alle schon lange und vielleicht noch viel schöner von der Mutti oder Großmutti her. Und der Onkel Ludwig brauchte sie eigentlich auch gar nicht zu ermahnen, immer hübsch brav zu sein. O, wenn es so was Schönes und Lustiges zu sehen gibt wie gestern nachmittag, da sind unsere Kleinen von selbst artig und folgsam. Und der Onkel Ludwig brauchte sie auch gar nicht zu fragen, ob es ihnen gefallen habe. Er konnte wahrscheinlich von der Bühne aus die glänzenden Kinderaugen, die vor Freude und Aufregung geröteten Bäckchen der Kleinen nicht sehen. Er hätte sonst bestimmt nicht gefragt.

Es war aber auch wunderhübsch. Allein das schöne Prinzeßchen mit dem Goldhaar und dem feinen roten Röckchen! Und lustig war es! Wie lachten die Kleinen über den dicken Meister Koch, über die dumme Trine und über den neckischen Küchenbuben. Das Prinzeßchen und den Küchenbuben hätte Klein-Elschen und Bubi am liebsten selbst gespielt oder mit nach Haus genommen. Und was für eine feine Puppe Dornröschen hatte! Genau so eine hat sich Kätchen beim Weihnachtsmann bestellt. Nur ein kleines Mädchen hat geweint. Als nämlich die böse Fee erschien. Aber dann haben sie alle wieder gelacht, als der König, der Meister Koch, der Küchenjunge und die dumme Trine die böse Fee suchen gingen.

Ja, sie können erzählen, alle die kleinen Buben und Mädels, die gestern nachmittag im Theater waren. Und wenn Brüderchen und Schwesterchen daheim oder Nachbars Hans und Nachbars Gretchen artig sind, dann dürfen sie auch einmal zum Dornröschen. Onkel Ludwig hat's gesagt ... —heim.

— **Herzliche Weihnachtsbitte!** Den Kindern der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem deutschen Osten, dem jetzigen Polen, will der Verein heimattreuer deutscher Ostmärker eine Weihnachtsfeier bereiten. Nur wenige kennen die Not jener, die ihres Deutschtums wegen die einst blühende Ostmark verlassen mußten. Fast alle haben ihre Ersparnisse verloren, die ihnen vom Reich nicht ersetzt werden. Viele sind eines Teiles ihrer Habe verlustig gegangen und leben hier in bedrängten Verhältnissen. Um den Kindern dieser Flüchtlinge in der neuen Heimat ein deutsches Weihnachtsfest bereiten zu können, bittet der genannte Verein herzlichst um Ueberlassung geeigneter Geschenkartikel oder Geldspenden. Da es sich um etwa 200 meist schulpflichtige Kinder handelt, sind kleine Gebrauchsgegenstände, Schulartikel, Bücher usw. besonders erwünscht. Freundliche Spenden nimmt entgegen oder holt auf Wunsch ab Franz Brynych, Harz 21.

Notgeld-Ecke

Das Freyburger Edelackergeld. Die Freyburger a. d. U. wissen, daß Notgeld heute nur noch in genügenden Mengen abgesetzt werden kann, wenn es einwandfrei künstlerisch ist und vorbildlich aus der Geschichte der Heimat schöpft. Sie holten sich darum einen Künstler, der bereits für eine andere Stadt wertvolles, ja geradezu aufsehenerregend wertvolles, geschaffen hatte: Walter Hege aus Naumburg. Er schnitt ihnen in seiner launigen Art mit der Schere Bilder von der Sage vom Edelacker und gab auch der Wertseite ein wahrhaft ansprechendes Bild der hohen Neuenburg. Sammler, die die Naumburger Hussitenserie besitzen, werden sich um diese Arbeit des Künstlers reißen.

Das **Röschenröder Notgeld,** das aus sechs verschiedenen Schnitten und Versen besteht, und Wertseiten in dreifarbiger Ausführung hat, ist nur bei der Firma Friedrich Brünning, Wernigerode, Mühlental 25, zu beziehen. Das muß für Sammler ausdrücklich bemerkt werden, weil die Gemeinde Röschenrode kein Notgeld mehr versendet. Das Notgeld von Röschenrode ist so launig und so prächtig hergestellt, daß man schon, ohne Notgeldsammler zu sein, seine Freude daran haben kann. Sagt doch zum Beispiel ein Fünfzigpfennigschein: „Dei Ooltsche, dei deiht Alles doch, haalt Holt und melkt de Zicken an Dae, und et Abends noch, mott sei Papiergeld flicken."

Stadt Remda in Thüringen. Kein geringerer als der Würzburger Maler Schiestl hat der Stadt Remda (Thüringen) Notgeldscheine zu zwanzig, dreißig und fünfzig Pfennig geschaffen, die das neue und das alte Remda zeigen und an die Sage des Grafen von Gleichen mit seinen beiden Frauen erinnern (50-Pfennigschein). Die Ausführung ist mustergültig. Bemerkt sei noch, daß das Remdaer Rathaus, das der Zwanzigpfennigschein zeigt, auch im Buche „Die schöne deutsche Stadt" abgebildet ist. Ferner sieht man auf diesem Schein die „Vilenten", die nach einer Sage bei der Thüringer Sintflut auf dem hochgelegenen Markt der Stadt Remda herumgeschworen sein sollen. Die Stadt gibt die Notgeldscheine selber aus.

Horn (Lippe), die Amtsgemeinde, nicht die Stadt, die im Teutoburger Wald die schönsten Teile umfaßt, gibt auf seinem Notgeld die Mahnung aus: Deutsche seid einig. Die reliefartige Wirkung der Scheine, die den Sieg der Germanen über die Römer verherrlichen, haben künstlerischen Wert.

Volkswirtschaftlicher Teil

Wieder ein Kommunalisierungsfiasko

** Die frühere Stadtverwaltung Neukölln hatte im Jahre 1916 ein Kohlenvorkommen auf dem im Kreise Luckau gelegenen Rittergut Bornsdorf erworben. Man plante damit die Versorgung der Bevölkerung Neuköllns mit Kohlen. Wie ein Berliner Blatt berichtet, hat sich auch dieser Plan wie so viele kommunalpolitische Projekte als ein Fehlschlag erwiesen. Das Geschäft wuchs sich immer weiter aus, man mußte drei Rittergüter erwerben, eine zehn Kilometer lange Bahn von Bornsdorf nach Luckau bauen und eine größere Zahl von Arbeiterhäusern errichten. Ferner wurde der Erwerb von zwei Ziegeleien nötig. Nun hätte man auch noch eine Brikettfabrik erbauen müssen, die aber schon im Anfang vorigen Jahres den Betrag von 25 bis 30 Millionen erforderte. Das Kapital dazu war nicht vorhanden und konnte auch von der Berliner Stadtgemeinde nicht zur Verfügung gestellt werden. Andererseits erfuhr der Absatz von Rohbraunkohle seit April dieses Jahres einen derartigen Rückgang, daß es nicht möglich war, das Werk rentabel zu gestalten. Nachdem bisher in das Werk nicht weniger als 28,2 Millionen hineingesteckt worden sind, empfiehlt der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung jetzt, das Kohlenwerk zum Preise von 30 Millionen an einen Herrn Waltking zu verkaufen.

Der Berliner Stadtverordnetenversammlung wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als diesem Antrag zuzustimmen. Aeußerlich betrachtet, kommt Berlin dabei noch mit einem blauen Auge davon. Berücksichtigt man aber den Rückgang der Valuta in der Zwischenzeit, dann wird man nicht zweifeln können, daß die Gemeinde bei diesem Kommunalisierungsprojekt viele Millionen zugesetzt hat. Irgend einen Nutzen für die Kohlenversorgung Neuköllns hat Bornsdorf nicht gebracht.

Landwirtschaft

* **Die Ausführung von Kalisalzanalysen** ist gemäß einer Bekanntmachung des Reichskalirates für unsere Umgegend gestattet: der Agrikulturchemischen Kontrollstation der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle, der Sächsischen landwirtschaftlichen Versuchsstation in Leipzig-Möckern, der Agrikulturchemischen Abteilung der Landwirtschaftlichen Versuchsstation an der Universität Jena, der Anhaltischen Versuchsstation in Bernburg, der Landwirtschaftlichen Versuchsstation der Landwirtschaftskammer Braunschweig, den Handelschemikern Dr. phil. Max Kossack, Dr. Max Lehmann und Dr. Albert Thiele in Magdeburg, Professor Dr. Eduard Freise, Dr. Werner Freise, Dr. Ferdinand v. Morgenstern und Dr. W. Rossée in Braunschweig.

* **Maul- und Klauenseuche.** Der Schlachtviehhof Dresden ist neuerdings wieder verseucht.

Industrie

ss. **Aktiengesellschaft Lauchhammer in Riesa.** (Eigener Drahtbericht.) Die G.-V. setzte die Dividende auf 20 Prozent fest und genehmigte die Beteiligung an das Stahlwerk Henningsdorf bei Berlin. Nach Mitteilung der Verwaltung ist das Werk anhaltend gut beschäftigt.

ss. **Metallwarenfabrik vorm. H. Wißner, A.-G., in Mehlis in Thür.** (Eigener Drahtbericht.) Die Generalversammlung genehmigte ohne Erörterung die Vorschläge der Verwaltung, wodurch eine Gesamtdividende von 60 Prozent zur Ausschüttung gelangt. Nach Mitteilung der Verwaltung ist das Unternehmen gut beschäftigt.

* **Kaolin- und Tonwerke A.-G., Leipzig.** Die Gesellschaft hat ihren Sitz nach Korbitz bei Meißen verlegt.

* **Rauchwaren-Zurichterei und Färberei A.-G. vorm. Louis Walter Nachf., Markranstädt.** Die ao. G.-V. genehmigte die Kapitalserhöhung um 8 auf 12 Mill. M. 1 Mill. M. davon wird als V.-A. mit 11fachem Stimmrecht und 4 Proz. Dividende ausgegeben. Die V.-A. sollen zur Abwehr einer in- und ausländischen Ueberfremdung dienen. Der Geschäftsgang wurde als günstig bezeichnet.

* **Zuckerraffinerie Genthin A.-G.** Das Werk ist wegen Kohlenmangels stillgelegt. Es besteht die Gefahr, daß die lagernden Rüben verderben.

Handel und Verkehr

PP. **Die hohen Holzpreise.** Auf einer Holzauktion in Tautenburg wurden am Dienstag, den 13. Dez. 1921 folgende Preise erzielt: Der Raummeter hartes Brennholz 235 Mk.; der Raummeter weiches Brennholz 100 Mk.; kiefernes und fichtenes Brennholz (Stöcke) etwa 90 Mk.; der Festmeter Eiche (Nutzholz) Höchstpreis 1400 Mk.; Festmeter Fichten- und Kiefernstämme, Durchmesser 16 bis 20 Zentimeter 1100 Mk.; Fichte (Nutzholz) Durchmesser 12—15 Zentimeter, 600—700 Mk. Die Preise verstehen sich alle ab Wald. Die Kauflust war angesichts der außerordentlich hohen Preise schwach.

dd. **Die deutsche Konkurrenz in der Schweiz.** Auf Grund von Nachrichten aus der Schweiz, denen zufolge die Hafer- und Gerstenmüller der Schweiz an den Bundesrat das Gesuch gerichtet haben, die Einfuhr von Hafer- und Gerstenprodukten zu sperren, weil sie die deutsche Konkurrenz nicht aushalten könnten, die zu wahren Schleuderpreisen ihre Produkte ins Ausland werfe, richtet die sozialdemokratische Fraktion die Anfrage an die Reichsregierung, was sie zu tun gedenke, um jede Verschleuderung von Volksnahrungsmitteln nach dem Auslande zu verhindern.

w. **Herabsetzung des Margarinepreises.** Auf Vorschlag der Preiskommission des Margarineverbandes sind die Preise weiter herabgesetzt worden. Sie stellen sich für Waren, die vom 14. Dezember ab vom Lager geliefert werden für die verschiedenen Sorten auf 21 Mark bis 27 Mark. Diese Preise sind Kleinhandelspreise für gesalzene Ware, zu denen noch die üblichen Handelszuschläge kommen.

* **Schiffsverkehr auf der Saale.** Mitgeteilt von der Rhederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle (Saale). Angekommen am 14. Dezember 1921: Kahn Nr. 612, Sr. O. Jahn, von Hamburg; Eildampfer „Wettin" mit Stückgut von Hamburg.

Geldmarkt und Banken

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die Wertpapiermärkte haben eine kritische Woche hinter sich. Kaum hatte sich nach dem schwarzen Donnerstag der Vorwoche eine Beruhigung eingestellt, als durch den Zusammenbruch der Pfälzischen Bank eine neue Panikstimmung in die Börse hineingetragen wurde. Das Privatpublikum glaubte in diesem unerhörten Vorfall Symptome einer allgemeinen Krise erblicken zu müssen und ging, erschreckt und mißtrauisch geworden, dazu über, seine Wertpapierbestände wahllos an den Markt zu werfen, und da es naturgemäß in diesem Augenblick an Käufern fehlte, erreichten die Kursrückgänge Ausmaße, für die eine sachliche Berechtigung in diesem Umfange keineswegs vorhanden war und die man als stark übertrieben bezeichnen muß. Die ungünstige Verfassung des Marktes wurde durch Zwangsverkäufe noch wesentlich verschärft. Erst gegen Ende der Berichtswoche fanden die Märkte einen Rückhalt an Meinungskäufen der Unternehmung, die sowohl im Hinblick auf die niedrigen Kurse, als auch infolge der schwächeren Marktnotierungen vorgenommen wurden. Die anfänglich recht optimistische Auffassung des Standes der Reparationsverhandlungen ist bei Berichtsabgang einer skeptischeren Beurteilung gewichen, da die Zugeständnisse der Entente anscheinend mit schweren Opfern erkauft werden müssen.

Was Einzelheiten des Verkehrs anbelangt, so war der Kohlenkuxenmarkt heftigen Schwankungen unterworfen. Schwere Werte wurden vorübergehend um etwa 100 000 Mk. heruntergedrückt, vermochten sich jedoch im weiteren Verlaufe um die Hälfte zu erholen. Beträchtliche Einbußen erlitten Diergardt um etwa 30 000 Mk., Wilhelmine Mevissen um etwa 12 000 Mk., Lothringen und Adler-Bergbau-Aktien um etwa 200 Proz. Die sonst hierher gehörigen mittleren und kleineren Werte verloren etwa 5—10 000 Mk.

Am Braunkohlenmarkte waren, abgesehen von starken Schwankungen, nennenswerte Veränderungen nicht festzustellen.

Dem Kalimarkte strömte von allen Seiten Material zu, für das selbst bei starkrückgängigen Kursen zunächst nur geringe Aufnahmeneigung bestand. Erst an der Montagsbörse gewann infolge umfangreicher Käufe der Unternehmung eine freundlichere Stimmung die Oberhand und führte zu ansehnlichen Kurserholungen.

Was die Lage der Kaliindustrie anbelangt, so kann die große Nachfrage nach Salzen und Fabrikaten infolge starken Wagenmangels zurzeit nicht ganz befriedigt werden. Die Gewinnergebnisse werden jedoch durch das flotte Auslandsgeschäft günstig beeinflußt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in den nächsten Wochen Erklärungen von besonderen Ausschüttungen dem Markte neue Anregungen bieten werden. Bemerkenswertes Interesse war in der Berichtswoche in Glückauf Sondershausen zu verzeichnen, die bei großen Käufen von ihrem Tiefstand sich um etwa 20 000 Mk. erholten. Durch feste Haltung zeichneten sich ferner die Werte der Wilhelm Sauer Gruppe aus. Dagegen lagen die Gumpelwerte im Angebot auf die Nachricht hin, daß vorläufig die Verhandlungen mit dem Westeregeln-Konzern als gescheitert anzusehen seien. Kaliaktien unterlagen scharfem Kursdruck und verloren vorübergehend etwa 100—150 Proz.

Bei Abgang des Berichtes war auf allen Marktgebieten im Zusammenhang mit den anziehenden Devisenkursen eine kräftige Befestigung zu erkennen. Der Markt der Freiverkehrswerte folgte der rückläufigen Bewegung der großen Börsen und ging zeitweise sogar darüber hinaus. Auch hier stellte sich auf Grund des niedrigen Preisstandes größere Nachfrage ein, die jedoch mangels verfügbaren Materials nur in geringem Umfange Befriedigung fand.

*

* **Hallesche Handelsbank A.-G.** Das Institut übernimmt demnächst die Gewerbebank Halle und erhöht sein Aktienkapital wahrscheinlich um 3 Mill. M.

* **Die Prägungstätigkeit.** Es wurden geprägt im November für 1 300 023,50 M. eiserne Fünfpfennigstücke, für 3 679 255,90 Mark Zehnpfennigstücke aus Zink, für 12 690 397,50 M. Fünfzigpfennigstücke aus Aluminium.

Börsenberichte

Produktnbreicht. Infolge der leichten Befestigung der Devisenpreise waren auch am Getreidemarkt die Preise höher gehalten. Das Geschäft blieb aber sehr still. Die Kauflust für Weizen wird durch die täglich zunehmenden Schwierigkeiten des Mehlumsatzes erhöht. Für Roggen bestand für Umlagezwecke etwas Interesse. Für Hafer und Gerste hat sich bei etwas höheren Forderungen nicht viel geändert. Mais ist in naher Ware knapp und gut gefragt, während spätere Sichten weniger begehrt sind. Raps, Hülsenfrüchte, Oelkuchen und andere Futtermittel hatten sehr stilles Geschäft. — Am 24. und 27. Dezember findet kein Produktenverkehr statt.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 13. Dezember.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk. 334—337, still, pomm. —,—.
Roggen, märk. 267—270, pomm. —,—, **schlesischer —,—, fest** westpreuß. 260—262.
Wintergerste —, Sommergerste 345—353, **stetig.**
Hafer, märk. 262—266, fest, pomm. —, westpr. —.
Mais, la Plata —,—, ohne Prov.-Ang., Jan.—März 268—270, ruhig.
Weizenmehl, 830—980, feinstes darüber, still. Roggenmehl 650—710, still (je 2 Z.).
Weizenkleie 185—190, Roggenkleie 190, **etwas lebhafter.**
Raps 600—610, ruhig. Leinsaat —,—

Victoriaerbsen	—	Lupinen, blaue	210—220
Kleine Speiseerbsen	300—310	Lupinen, gelbe	—
Futtererbsen	—	Rapskuchen	255—260
Peluschken	—	Leinkuchen	320—330
Wicken	—	Serradella	300—350
Ackerbohnen	—	Trockenschnitzel	—

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen Großhandelspreise
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 33—36.
Haferstroh drahtgepreßt 44—47, Stroh seilgebündelt —.
Langstroh seilgebündelt 30—33.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 107—115 gesund und trocken (Nachmahd) 93—102. Kleeheu 130—140

Devisen-Notierungen

Berlin, 15. Dezember.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd.	6643,35	6656,65	Paris	—,—	—,—
Brüss.-Antwerp.	1408,55	1411,45	Schweiz	3526,45	3533,55
Christiania	2809,65	2815,35	Spanien	—,—	—,—
Kopenhagen	3511,45	3518,55	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	4485,50	4495,50	Oesterr. abgest.	6,98	7,02
Helsingfors	340,65	341,35	Prag	223,75	224,25
Italien	838,15	839,85	Budapest	26,57	26,63
London	761,70	763,30	Poln. Mark	—,—	—,—
New-York	181,06	181,44	Buenos Aires	59,90	60,10

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 15. Dez. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	4800 4900	Zinn (Banca-Straits-Austral)	13000 13200
Orig.-Hütt.-Weichblei	1975 2025	Hüttenzinn mind. 99 %	12700/12800
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	1975 2025	Reinnickel (98-99 %)	10800/11200
Remelted-Platt.-Zink	1625 1675	Antimon (Regulus)	1950 2000
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöckchen)	8000	Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	3000 3050
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.)	8200	Elektrolytkupfer p 100 kg	5577
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte Preis des Zinkhüttenverb.	2038

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Hulf; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport Hans Heilmann; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Erich Sellheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei. Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112161-17/fragment/page=0004